Nummer 271 — Halle, Mittwoch, den 18. November 1925 — 60. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

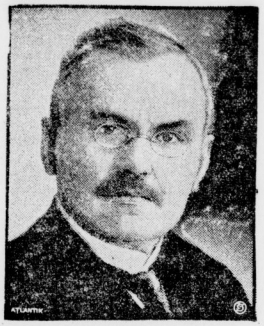
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bezugsgebühr 1.50 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.
Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagshaus Neue Promenade 12 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postschek-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Nachtmeldungen und Radiotelegramme.



Der polnische Ministerpräsident Grabski, gleichzeitig polnischer Finanzminister, ist zurückgetreten. Unter seiner Regierung erfolgten die großen Optantenausweisungen und die Zollkriegserklärung.

*

Die polnische Kabinettskrisis ist noch ungelöst. Das Offizierskorps scheint den Marschall Pilsudski an die Spitze bringen zu wollen, ev. sogar außerparlementarisch.

Der Präsident der Republik hat den bisherigen Außenminister Grafen Skrzynski mit der Neubildung der Regierung betraut.

*

In Danzig wurde dieser Tage ein polnischer Kriegerverein gegründet von einem gewissen Hoffmann, der einer der Führer der polnischen Aufstände in Deutsch-Oberschlesien war. Hoffmann bereitet ferner in Danzig die Gründung eines „Vereins der Aufständigen und Krieger" aus polnischen Vorkämpfern für Oberschlesien vor. Damit ist die dringende Gefahr gegeben, daß Polen durch Anstiftung von Unruhen die Annexion von Danzig vorbereiten will — „im Zeitalter von Locarno".

*

In den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind die Vollmachten der Gradski-Regierung erloschen. Die gestrige gemeinsame Beratung der polnischen und der deutschen Wirtschaftsdelegation ist abgesagt worden. Ein Termin für die Aufnahme der Besprechungen ist solange nicht möglich, als nicht die neue polnische Regierung ihre Instruktionen erteilt hat. An Berliner unterrichteter Stelle rechnet man mit einem vorläufigen Fortgang des Wirtschaftskrieges mit Polen bis in das neue Jahr hinein.

*

Aus dem Memelgebiet verlautet, daß zwei Litauische Regimenter nach Memel verlegt werden sollen. Offenbar soll diese für ein Gebiet mit 150 000 Einwohnern unerhörte Truppenmenge die Einwohnerschaft durch Terror von ihrer bei den kürzlichen Wahlen bewiesenen Treue zu ihrer deutschen Heimat abbringen.

*

Lieutnter dent Verdacht der Geheimbündelei auf mehreren Gütern im Allensteiner Bezirk verhafteten zwanzig Landarbeiter sind nach ihrer Vernehmung durch den Untersuchungsrichter in Allenstein am Sonntag früh sämtlich wieder entlassen worden.

*

Die Fraktion der kommunistischen Partei des preußischen Landtags fordert in einem Urantrag alsbaldige Aufhebung des Ausnahmezustandes im Freistaat Bayern sowie die sofortige Verhaftung des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht.

*

Der „Karlsruher Volksfreund" wendet sich entschieden gegen die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Badische Regierungskoalition. Für die sozialdemokratische Partei sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Baden eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei, wie sie sich zurzeit noch präsentiere, unmöglich.

*

Landtagsabgeordneter Stowig (Soz.) in Klettendorf bei Breslau hat sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt, ebenso die Aemter als Amts-, Gemeindevorsteher und verschiedenen Parteiämter. Der Grund ist bisher noch nicht zu erfahren gewesen.

*

Die Verhandlungen gegen die Kartelle, die am 15. November beginnen sollten, sind vertagt worden. Im Reichswirtschaftsministerium ist man zurzeit mit der Nachprüfung der in den letzten neun Monaten zur Preisgestaltung vorliegenden Kartellbeschlüsse beschäftigt, die, wie gemeldet war, auf Veranlassung des Kabinetts eingefordert worden waren. Von Interesse ist aus der Unterredung des Kanzlers mit den Gewerkschaften die Erklärung Luthers: „Wir stehen erst am Anfang der Preissenkungsaktion."

Kabinettsrat in Berlin.

Reichspräsident v. Hindenburg führt den Vorsitz.

Berlin, 17. November. Gestern mittag trat das Reichsministerium unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten zu einem Kabinettsrat über die außenpolitische Lage zusammen. Die Beratungen, die in den späten Abendstunden fortgesetzt wurden, werden voraussichtlich heute vormittag zu Ende geführt werden.

Die Note über die Räumung und Entwaffnung.

Nach Abschluß des gestrigen Kabinettsrates ist die Note der Botschafterkonferenz über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und über die Entwaffnungsfrage eingetroffen, in der es u. a. heißt:

Die Botschafterkonferenz hat mit Befriedigung feststellen können, daß die Besprechungen zwischen den alliierten Sachverständigen und den Vertretern der deutschen Regierung es ermöglicht haben, zu einer Vereinbarung über die noch offenen Punkte zu gelangen.

Unter diesen Umständen haben die in der Botschafterkonferenz vertretenen alliierten Regierungen in Anwendung des Artikels 429, Ziffer 1, des Vertrages von Versailles beschlossen, entsprechend ihrer Note vom 4. Juni d. J. zur Räumung der ersten rheinischen Besatzungszone, der sogenannten „Kölner Zone", zu schreiten. Die zur Räumung erforderlichen Maßnahmen werden mit möglichster Schnelligkeit durchgeführt werden, um die Räumung im Laufe des Januar beenden zu können.

Die Rückwirkungen im besetzten Gebiet.

Die Note der Botschafterkonferenz über die Erleichterungen des Besetzungsregimes des Rheinlandes.

Die dem deutschen Botschafter in Paris überreichte Note über die Rückwirkungen hat folgenden Wortlaut:

„Der Abschluß der Abkommen von Locarno hat den Wunsch der daran beteiligten, in gleicher Weise von friedlichen Absichten geleiteten Regierungen bewiesen, ihre Beziehungen mit dem Geiste guten Willens und gegenseitigen Vertrauens zu erfüllen. Die Botschafterkonferenz ist sicher, daß die deutsche Regierung zu ihrem Teile diese Auffassung bei den Verhandlungen bestätigen wird, zu denen die verschiedenen Fragen Anlaß geben können, die zwischen den in ihr vertretenen Regierungen und Deutschland schweben.

In dem gleichen Geiste des Vertrauens, guten Glaubens und guten Willens haben sich die an der Besetzung der Rheinlande beteiligten alliierten Regierungen entschlossen, hinsichtlich der Besetzung alle mit dem Vertrag von Versailles vereinbarten Erleichterungen eintreten zu lassen.

Sie haben sich beeilt, ihre Zustimmung zur Bestellung eines neuen Reichskommissars zu geben. Auch haben sie die deutsche Regierung wissen lassen, daß die Rheinlandskommission bereit ist, weitgehende Amnestiemaßnahmen zu treffen, in der Annahme, daß das Reich ausreichende Zusicherungen hinsichtlich der Behandlung der mit den Besatzungsarmeen in Verbindung stehenden Personen geben wird.

Außerdem ist die Rheinlandskommission mit der Ausarbeitung eines sehr ausgedehnten Reformplanes beschäftigt. Die Maßnahmen, welche die in der Rheinlandskommission vertretenen Regierungen ins Auge gefaßt haben, und die teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der Rheinlandskommission zur Ausführung kommen werden, verfolgen ein doppeltes Ziel. Einmal soll

die Stärke der Besatzungstruppen

erheblich herabgesetzt werden, ferner sollen im Rahmen des Rheinlandsabkommens alle Maßnahmen ergriffen werden, um der deutschen Verwaltung die freie Betätigung im besetzten Gebiet zu erleichtern. Die Verwirklichung dieser Reformen wird für die deutsche Bevölkerung sehr wertvolle Vorteile mit sich bringen und einen sehr günstigen Einfluß auf die Beziehungen zwischen ihr und den Besatzungstruppen ausüben.

So wird die Verminderung der Besatzungstruppen, die annähernd auf normale Stärke herabgesetzt werden, zur Folge haben, daß ein Teil der öffentlichen Gebäude, Wohnungen und Grundstücke, die bisher für die Besatzungstruppen und -behörden verwendet werden müssen, den Behörden und der Bevölkerung zurückgegeben werden können. Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes wird anderseits zur Beseitigung des Systems der Delegierten führen, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag.

Es werden Anordnungen getroffen werden, um auf die deutsche Gerichtsbarkeit bestimmte Gruppen von Fällen zu übertragen, die gegenwärtig zur Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit gehören. Endlich werden die geltenden Ordonnanzen im gleichen Geist des Vertrauens und der Entspannung einer Revision unterzogen werden.

Die Rheinlandskommission hat Auftrag erhalten, die Absichten der beteiligten Regierungen in dieser Hinsicht im einzelnen festzulegen und alle Maßnahmen für die Inkraftsetzung des neuen Regimes zu treffen, bei deren Durchführung ihr die wirksamste Mitarbeit des Reichskommissars sicher nicht fehlen wird.

Die an der Besetzung beteiligten Regierungen bekunden auf diese Weise ihren Wunsch, im Rheinland eine sehr liberale Politik zur Anwendung zu bringen. Sie haben zu dem guten Willen sowie zu der Mitarbeit der deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung das Vertrauen, daß sie die Aufgabe der Besatzungsbehörden hinsichtlich der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Truppen erleichtern werden. Sie hoffen zuversichtlich, daß ihnen die deutsche Unterstützung, auf die sie rechnen, nicht fehlen wird.

Die belgische, die britische, die französische, die italienische und die japanische Regierung bezweifeln nicht, daß die Weisungen, die die deutsche Regierung ihren Vertretern erteilen wird, ebenso wie die ihnen bereits gegebenen Weisungen ganz ihren Bestrebungen entsprechen, das im gemeinsamen Interesse liegende Friedenswerk aufs wirksamste zu fördern.

Ein amtlicher Kommentar.

Berlin, 17. November. Auf Grund der mit den Besatzungsmächten geführten Verhandlungen ist zur Erläuterung der Note der Botschafterkonferenz zu bemerken, daß die Besatzungsmächte im einzelnen folgende Maßnahmen treffen werden.

1. Die Stärke der Besatzungstruppen in der 2. und 3. Zone soll auf ein Maß herabgesetzt werden, daß sie künftig ungefähr dem normalen Stande, d. h. ungefähr der Stärke der deutschen Truppen entspricht, die dort im Jahre 1914 vor Ausbruch des Krieges in Garnison standen.

2. Die Quartierlasten der Bevölkerung sollen u. a. dadurch vermindert werden, daß die zur Zeit beschlagnahmten Schulen und Sportplätze und ebenso auch alle diejenigen Privatwohnungen freigegeben werden, die für die Besatzungstruppen nicht unbedingt benötigt werden.

3. Das System der Delegierten wird restlos beseitigt.

4. Das gesamte Ordonnanzsystem wird einer radikalen Revision unterzogen. Die Ordonnanzen werden größtenteils aufgehoben oder gemildert. Von den bisher erlassenen 307 Ordonnanzen wird künftig nur ein geringer Bruchteil übrig bleiben. Jede Einmischung in die deutsche Verwaltung wird fortfallen.

5. Der Abbau der Ordonnanzen wird automatisch zu einer starken Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit führen, da diese die Zuständigkeit für alle Verstöße gegen die Ordonnanzen in Anspruch nahm. Darüber hinaus wird der Umfang der Militärgerichtsbarkeit noch dadurch vermindert, daß ganze Kategorien von Fällen auf die deutsche Gerichtsbarkeit übertragen werden.

6. Die Verhandlungen über die beschleunigte Durchführung der Reform des Besatzungsregimes werden von dem neubestellten Reichskommissar für die besetzten Gebiete sofort mit der Rheinlandkommission aufgenommen werden.

Im preußischen Ministerium liegen jetzt die Ergebnisse der finanziellen Schäden aus den einzelnen Ruhrgebieten und Ruhrstätten vor, die die französische und belgische Besatzung veranlaßt hatte. Das Gesamtergebnis ist tief niederdrückend. Die Schäden werden mit mehr als 800 Millionen Mark angenommen. Sie dürften aber noch weit höher werden und eine Milliarde Mark überschreiten, wenn erst die Anforderungen der Industrie an die Stadtgemeinden für beschlagnahmte Räume und Anlagen abgeschlossen vorliegen werden.

Im englischen Unterhause erklärte Joynson Hicks, die Regierung befasse sich mit der Frage, weitere gesetzliche Maßnahmen in Sachen der Kommunisten einzuführen. Die Polizei sei angewiesen, gesetzwidrigen Handlungen von Faschisten ebenso entgegenzutreten wie jeder anderen Gesetzwidrigkeit.

Der westöstliche Diwan.

Selbstgespräch über europäische Außenpolitik.

Man kann sich seit Locarno nicht mehr öffentlich über Außenpolitik äußern, ohne daß die Parteigeister wie die Wespen ausschwärmen, weil sie ihre Waben bedroht glauben. Ich habe mir deshalb folgendes Selbstgespräch gehalten:

„Kommt Locarno und die davon erhoffte wirtschaftliche Verständigung Europas zustande, so ist das der Anfang vom Ende der im Kriege erworbenen Vorherrschaft Amerikas. Der politischen und vor allem der wirtschaftlichen und damit schließlich auch der finanziellen Vorherrschaft. Denn Europa, sobald es einig ist, ist trotz seiner räumlichen Kleinheit noch immer das Kraftzentrum der Welt. Nicht nur, weil es die dreifache Bevölkerung wie Amerika, sondern auch, weil es die weitaus größere geistige Schöpferkraft hat.

Wundert du dich da, daß Amerika den Sicherheitsverhandlungen von Anfang bis heute mit sauer-süßem Gesicht zusieht? Diese Verhandlungen sind der raffinierteste und gefährlichste Börsencoup an der Börse der Weltpolitik, den England überhaupt ersinnen konnte, um wieder die Führung an dieser Börse zu bekommen.

Aber die Jankees sind auch nicht auch den Kopf gefallen. Seit Deutschland in Locarno auf die allgemeine Abrüstung verzichtet hat, die für Amerika wenigstens einen erheblichen politischen Schutz bedeutet hätte, beginnt das von uns im Stich gelassene Amerika seine Kredite an Deutschland einzuschränken und unauffällig einzuziehen und sieht sich nach Bundesgenossen für einen großen Gegencoup gegen das englische Börsenmanöver um die Weltherrschaft um.

England selber steht sehr „flau". Denn die Voraussetzungen seiner gewaltigen Stellung — militärische Unangreifbarkeit, Industrie- und Außenhandelsweltmonopol, gesicherter Kolonialgroßgrundbesitz und absolut zuverlässig nationale Regierung — gehen seit den letzten 75 Jahren und ganz besonders seit dem Weltkrieg mehr und mehr zu Ende, wie die Kohlenvorkommen eines der Erschöpfung nahen Steinkohlenbergwerkes. Der zweite in der amerikafeindlichen Börsengruppe von Locarno Frankreich, ist so kaput, daß es wie ein überschuldeter Junggeselle überhaupt nur noch von der Hoffnung seiner Gläubiger auf eine vorteilhafte Heirat lebt. Der dritte im Bunde, Deutschland, ist bereit, sich gänzlich unter englische Börsenleitung zu begeben und obendrein unter Verzicht auf sein Recht, die Abrüstung der anderen zu verlangen, bereit, seine Entwaisnung, alle sonstigen Zwangsverzichte von Versailles, Spa, London und obendrein neue Fesseln auf sich zu nehmen. Damit hat Deutschland sich als etwaiger Bundesgenosse und Mitarbeiter Amerikas bei dem Gegencoup gegen England ausgeschaltet. Erledigt, zählt nicht mehr positiv mit, nur noch negativ, nämlich als Gegner.

Aber dieser Teufelskerl Mussolini! Hat ein Heer und ein heeresbegeistertes Volk. Hat alle Macht im Staate, kann also halten, was er verspricht, ohne daß ihm die Parlamente und Parteien dreinreden. Fühlt sich von Frankreich und England im Mittelmeer in seiner Entwicklung gehemmt. Ist also zum Gegenspiel gegen die Locarnogruppe wie geschaffen. Obendrein hat er sich durch ein paar papierne Versprechungen über bewaffnetes Eingreifen gegen etwaige Unregelmäßigkeiten innerhalb der Locarnogruppe das Recht verschafft, den Locarnobrüdern in die Karten zu sehen, so daß er Amerika bestens informieren kann.

Das ist so famos für Amerika, daß es diesem Mussolini schon Milliardengeschenke bei der Regelung seiner amerikanischen Kriegsschulden gemacht und Anleihen zugesagt hat, ehe der grosartige Locarnobörsencoup Englands gegen Amerika überhaupt klipp und klar abgemacht ist. Ja, das ist doch wenigstens ein Kerl, mit dem man arbeiten kann. Hat so verteufelt moderne Ideen, die auch in Amerika immer mehr Herrenmode werden, wie Militarismus von frühester Kindheit an, wie Ausschaltung der Parlamente, strammste Zucht in der Verwaltung, Beseitigung aller Reibungswiderstände der Opposition.

Aber trotz aller Vorzüge genügt Mussolini als Gegenspieler gegen England nicht. Ist zum Glück auch gar nicht nötig. Die Amerikaner haben ja einen noch viel besseren: Sowjetrußland.

Offiziell kennen sie das gar nicht. Aber ihre Kapitalisten und Industriellen kennen es inoffiziell um so besser. Haben sich schon manches Russische Konzessionchen gesichert — nicht wahr, Mr. Harriman oder Mr. Rockefeller von der Standard-Oil-Comp., dem großen Petroleumtrust? — Haben landwirtschaftliche Maschinen en gros verkauft usw. Und was noch alles „inoffiziell" kommen wird, wenn erst Locarno perfekt ist!

Diese Russen sind aber auch wirklich ungemein brauchbar für Amerika. Nicht nur, weil sie auf der ganzen asiatischen Südfront von Konstantinopel bis Peking mit ihrem sehr verständlichen und uralten Streben nach eisfreien Häfen auf die Schlußfestellungen des englischen Kolonialreichs drücken. Sondern weil sie es anscheinend verstehen, mit ihren Parolen „Asien den Asiaten!" und „Nieder mit dem westlichen Kapitalismus!" Japan, China, Afghanistan, Persien, Arabien und die Türkei mit ihrem eigenen russischen Reich zu einem außenpolitischen Einheitsblock zu verschmelzen, der mit fast 1 Milliarde Menschen bei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251118019/fragment/page=0001

nahe zwei Drittel der gesamten Weltbevölkerung umfaßt.

Wenn die Amerikaner mit ihrem Gelde und ihren industriellen Fähigkeiten mit diesem Block zusammenarbeiten, so haben sie nicht das geringste von ihm zu fürchten, denn es ist für lange Jahrzehnte Raum genug für beide, im Gegenteil: „Die Amerikaner können buchstäblich ein „Heiden-geld" verdienen und so nebenbei nehmen die beiden Kontinente und Weltherrschaftspartner das winzige Europa zwischen den amerikanischen Zeigefinger und den russischen Daumen und drücken nur ein ganz klein wenig. Beispielsweise indem sie sich dahin verständigen, den Europäern einmal drei Monate lang kein Getreide und Fleisch zu liefern. Dann ist das ganze englisch-französisch-deutsche Weltherrschaftsbörsenmanöver von Locarno so erledigt, daß sie obendrein gleich das ganze englische Kolonialreich unter sich aufteilen könnten.

Amerika und Rußland — Asien im Verein können ganz Europa entbehren und ausschalten. Natürlich nicht von heute auf morgen. Aber wenn England mit seiner Locarnoblockpolitik, die Amerika und Rußlandsein zugleich bedroht, den Angriff auf die an Amerika verlorene Weltherrschaftsposition vorbereitet, muß Amerika wohl oder übel ebenfalls Kampfvorbereitungen treffen, die es ganz von selbst mit dem anderen großen Gegner Englands, mit Rußland, genau so zusammenführen, wie ja schon das sich ebenfalls von England und seinem Freunde Frankreich beengt fühlende Italien sehr merkwürdige Beziehungen zu Rußland unterhält.

Wenn Amerika politisch klug ist, antwortet es auf den Locarnoblock mit einem Block Amerika-Italien-Rußland-Großasien. Und wir Deutschen haben uns die Gegnerschaft Amerikas, Italiens, Rußlands, Großasiens zugezogen d. h. fast ⅝ der Erdbevölkerung, und haben dafür einen Bund mit zwei dem Versall entgegengehenden Staaten eingekauft, von denen wir Entwaffneten immer nur die abfallenden Brosamen und vermutlich die schon gewohnten Ohrfeigen bekommen werden.

. . . . . Ich weiß nicht, wie das kommt, aber in meinen Selbstgesprächen kommt mir Locarno gar nicht als ein so fabelhafter Erfolg für Deutschland vor, und ich muß trotz meiner tiefen Ueberzeugung, daß das deutsche Volk das tüchtigste und wertvollste der heutigen Welt ist, seit Locarno bedenklich oft an den „Untergang des Abendlandes" denken Ich kann nun einmal den Amerikanern, Italienern und Russen nicht soviel politische Schlafmützigkeit, und nach allem, was man seit 1914 erlebt hat, weder den Engländern noch Franzosen, noch Italienern, Amerikanern und Bolschewisten soviel selbstlose Menschenliebe zutrauen.

Ich fürchte wir werden auf dem westöstlichen Diwan von Locarno zwischen Amerika und Rußland wenig Ruhe und Erholung finden.

Dr. H. Elze.

Die Kriegsverbrecherverurteilungen.

Uns wird mitgeteilt: Die alliierten Mächte haben ursprünglich von Deutschland die Auslieferung der verurteilten angeblichen Kriegsverbrecher verlangt. Später aber, jedoch schon unter der Poincareschen Regierung wurde in der französischen Kammer die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die Auslieferungsfrage in diesen Fällen auch von Frankreich als erledigt angesehen werde. An dieser Tatsache wird dadurch nichts geändert, daß die betr. Bestimmung des Versailler Vertrages formell nicht aufgehoben worden ist.

Damit dürfte die Angelegenheit für die ganze Welt als erledigt gelten können, und auch in Frankreich denkt niemand mehr daran, diese Frage von neuem aufzuwerfen. Wenn nun aber ein verurteilter angeblicher Kriegsverbrecher nach einem Lande, in dem er verurteilt ist, reisen wollte, so wird ein solcher Fall dadurch praktisch entschieden, daß er von dem betreffenden Lande kein Einreise-Visum erhält. Damit wird die ganze Frage in das Licht einer Groteske gerückt, denn die logische Konsequenz würde sein, wenn ein Verurteilter etwa auf die Idee käme sich zur Verbüßung seiner Strafe in das Ausland begeben zu wollen, so würde er daran durch die Verweigerung des Einreisevisums verhindert werden.

Einstimmige Entschließungen der Deutschnationalen.

Berlin, 16. Nov. Der deutschnationale Parteitag nahm zur Außenpolitik einstimmig eine Entschließung an, die besagt:

In dem Vertragswerk von Locarno sind die deutschen Lebensinteressen nicht gewahrt. Ein Verzicht auf deutsches Volk und Land ist nicht ausgeschlossen. Der Pakt und die westlichen Schiedsverträge bieten Deutschland gegen Sanktions- und Einmarschgefahr keine genügenden Garantien. Durch die westlichen Schiedsverträge wird eine Revision unserer unmöglichen Ostgrenzen bedenklich erschwert. Die deutsche Handlungsfreiheit zwischen Ost und West ist gegen die Gefahren des Artikels 16 der Völkerbundssatzung nicht geschützt. Die Abrüstung der Ententestaaten ist in keiner Weise gesichert. Die sogenannten Rückwirkungen sind nach allen bisherigen Verlautbarungen völlig ungenügend.

Von einer Verkürzung der Besatzungsfristen für die zweite und dritte Zone und der Abstimmungsfrist für das Saargebiet ist überhaupt keine Rede. Das Vertragswerk von Locarno ist daher für die Deutschnationale Volkspartei unannehmbar. In einmütiger Geschlossenheit ruft der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei auf zum rücksichtslosen Kampf gegen das Werk von Locarno, gegen eine schwere Gefahr für Deutschlands Freiheit und Zukunft.

In einer weiteren einstimmigen Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß der amtliche Widerruf des deutschen Schuldbekenntnisses noch nicht mit dem erforderlichen Nachdruck vertreten worden ist.

Den aus dem Kabineit ausgeschiedenen deutschnationalen Ministern Schiele, Neuhaus und v. Schlieben wird in einer dritten Entschließung uneingeschränktes Vertrauen ausgesprochen.

Schließlich wird in einer vierten Entschließung aller deutschen Volksgenossen, die gewaltsam vom Mutterlande losgerissen sind, gedacht und erklärt, daß der Aufbau des neuen Reiches sich vollziehen werde und müsse auf der Grundlage des gesamten äußerlich und innerlich geeinten deutschen Volkstums im Herzen Europas.

Dr. Wirth und das Zentrum.

Vom Reichsparteitag des Zentrums in Kassel verlautet, daß von einem Wiedereintritt Dr. Wirths in die Fraktion bis auf weiteres keine Rede ist. Wirth hat die Absicht, im Sinne eines republikanischen und demokratischen Zentrumsgedanken Versammlungen abzuhalten. Für die Richtung Wirth treten der Prälat Dr. Schofer und der Abg. Joos ein. Sehr starke Opposition gegen Wirth wurde von den Vertretern Württembergs ausgeübt. Im Parteiausschuß war die überwiegende Stimmung gegen Wirth, doch ist noch keine Entscheidung gefallen.

Wirth selbst sprach sich in einer Rede entschieden für eine Linkspolitik des Zentrums mit den Sozialdemokraten aus. Er sowohl wie Dr. Marx betonten den Willen, eine Spaltung des Zentrums zu vermeiden.

Schulpolitische Tagung der D. V. P.

Wichtige Entschließungen.

Auf der Schulpolitischen Tagung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei wurde zur Frage des Konkordats eine Entschließung einstimmig angenommen, in der der Reichsschulausschuß der Deutschen Volkspartei die Form des Konkordats für Verträge zwischen Staat und Kirche ablehnt. Der amtliche Einfluß der Kirchen auf den Religionsunterricht sei in eine Form zu bringen, durch die die letzte Entscheidung über Zahl der Religionsstunden, Lehrplan, Lehrbücher und dgl. dem Staate verbleibt. Insbesondere dürfe der Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle des Religionslehrers übersteigert werden.

Auch zum Reichsschulgesetzentwurf wurde einstimmig eine Entschließung angenommen. Es heißt darin, daß dieser Entwurf unter keinen Umständen Gesetz werden dürfe.

Eine zur Grundschulfrage angenommene Entschließung betont, daß die Deutsche Volkspartei an der für alle gemeinsamen Grundschule aus sozialen Gründen festhält und für ihre 4jährige Dauer als Regel aus pädagogischen Gründen eintritt, daß sie aber Berücksichtigung der Individualität des Kindes durch Ermöglichung der Absolvierung in 3 Jahren fordert.

In einer weiteren Entschließung tritt der Reichsschulausschuß für die Verwirklichung der durch die Reichsverfassung gegebenen Aufstiegsmöglichkeiten der Frau in der Schulverwaltung ein. Die Stellungnahme zur Reform der Lehrerbildung wurde vorbehalten. Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht.

Für die privaten Schulen.

Im Rahmen der Reichsschultagung der Deutschen Volkspartei fand in Berlin eine stark besuchte Sitzung des Ausschusses für Privatschulfragen statt. Dabei wurden Entschließungen angenommen, in denen u. a. gefordert wird, daß den privaten Schulen durch entsprechende Reichs- oder Landesgesetze die fehlenden Rechtsgrundlagen gegeben werden möchten. Ferner wurde gefordert, in bezug auf die Steuergesetze eine Entscheidung darüber herbeizuführen, inwieweit private Schulen als freie Berufe angesehen werden und dementsprechend Steuererleichterungen beanspruchen können. Es soll auch dafür gesorgt werden, daß den arbeitsunfähig werdenden und alten Lehrkräften der privaten Schulen ein ausreichendes Ruhegehalt gesichert wird; insbesondere sollen sofort Mittel bereitgestellt werden zugunsten der ins Elend geratenen alten Lehrerinnen.

Die Kennzeichnung der Dienstfahrzeuge in Preußen.

Der preußische Innenminister hat durch Runderlaß an alle Polizeibehörden zur Kenntnis gebracht, daß die für die preußischen Staatsfahrzeuge auf Gewässern vorgeschriebene Dienstflagge (weiß mit einem schwarzen Streifen eingefaßt und mit einem Adler in der Mitte) auch auf den Dienstkraftfahrzeugen des preußischen Ministerpräsidenten, der preußischen Minister und Staatssekretäre sowie der Ober- und Regierungspräsidenten für ihre Person geführt werden können. Eine Ausdehnung dieser Flaggenführung auf andere preußische Dienststellen ist ausdrücklich untersagt. — Dieser kleine Anlaß an die Bräuche der früheren Landesherren in unserer „demokratischen„ Republik ganz amüsant. Hoffentlich fängt nun nicht eine neue Flaggenfrage an. Denn schließlich könnte der Ehrgeiz auch noch andere Beamte zu dem Wunsche nach solchen „Hoheitszeichen" veranlassen.

Das Ueberflugrecht ausländischer Flugzeuge.

Nach dem Versailler Vertrag haben lediglich die Militärflugzeuge der Besatzungsmächte ohne weiteres das Recht, deutsches Gebiet zu überfliegen. Zivilflugzeuge der Besatzungsmächte haben dieses Recht nicht, und das Recht der Militärflugzeuge besteht auch nur solange, als die Besetzung dauert. Sobald die Besetzung aufgehoben wird, erlischt das Ueberflugrecht.

Der französische Flieger Coste hatte also eine Fälschung begangen, als er sein Zivilflugzeug mit militärischen Abzeichen versah. Nach dem internationalen Recht und dem Ueberflugrecht ist als militärisches Flugzeug nur ein solches anzusehen, das von einer Militärperson besetzt wird.

Die Tschechen haben das Ueberflugrecht nicht und nehmen es auch nicht in Anspruch. In dem Fall, der kürzlich durch die Presse kam, hatten sie um Erlaubnis nachgesucht und sie auch erhalten, da sie den Wunsch, deutsches Gebiet zu überfliegen, damit begründen konnten, daß sie bei dem Umweg um deutsches Gebiet beim Fluge von Warschau nach Prag bei der herrschenden Wetterlage fürchten konnten, in Nebel zu geraten und zur Notlandung gezwungen zu werden. Alsdann bei ein Flugzeug zur Notlandung gezwungen war, wurde der Pilot nicht daraufhin untersucht, ob der Flieger auszuweisen war, sondern nur darauf, ob er zum Ueberfliegen hatte. Die Frage, ob es ein Militärflugzeug sei, hat dabei keine Rolle gespielt.

Die tschechoslowakischen Wahlen.

Demission des Kabinetts.

Nach den bisher vorliegenden Resultaten scheinen die Wahlen zu starken Erfolgen der Kommunisten, der tschechischen Nationalsozialisten, der tschechischen Klerikalen und der tschechischen Gewerbepartei geführt zu haben. Auch die neugegründete tschechische Nationale Arbeitspartei verzeichnet namhafte Gewinne auf Kosten der tschechischen Nationaldemokraten (Kramarsch-Partei).

Die tschechischen Sozialdemokraten, die in Prag unter die Hälfte ihrer früheren Ziffer gesunken sind, erlitten große Verluste. Die Stimmenzahl für die Deutschen in Prag hat sich gegenüber den Wahlen von 1920 sogar um ein Geringes vermehrt. Die Wahlen bestätigen neuerlich den deutschen Charakter des Sudetischen Ländchens.

Infolge der Schwächung der tschechischen Sozialdemokraten und der tschechischen Nationaldemokraten wird die kommende Regierungskoalition voraussichtlich nicht ohne die tschechische Gewerbepartei auskommen. In der Koalition bedeutet dies eine Stärkung der rechtsstehenden Elemente und größere Aussichten für die Politik der tschechischen Klerikalen.

Falls es nicht möglich sein sollte, zu einer tragfähigen tschechischen Regierungskoalition zu gelangen, müssen im Frühling Neuwahlen stattfinden. Voraussichtlich wird das neue Kabinett wiederum vom bisherigen Ministerpräsidenten Svehla gebildet werden.

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Svehla hat namens der Gesamtregierung dem Präsidenten der Republik die Demission eingereicht, die der Präsident annahm. Er betraute den Ministerpräsidenten und die übrigen Ressortminister bis zur Bildung einer neuen Regierung mit der Führung der Regierungsgeschäfte.

Nach einer Meldung des Petit Parisien aus Rom erwartet man die Abberufung des Päpstlichen Nuntius in Belgrad. Zwischen dem Vatikan und der jugoslawischen Regierung seien seit längerer Zeit Meinungsverschiedenheiten entstanden, die sich verschlimmert hätten. Die Lage gleiche der, die sich zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei herausgebildet habe.

*

Die englische Arbeiterpartei und die schwedische sozialdemokratische Partei haben Protestresolutionen gegen Mussolini gefaßt wegen der Unterdrückung der italienischen sozialistischen Partei und sonstigen sozialistischen Organisationen

*

Die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Persien haben die Anerkennung des neuen Schah Riza Khan gebracht.

*

Die Nachrichten aus China sind weiterhin unklar. General Feng soll die Macht in Peking an sich gerissen und den Präsidenten der Republik gefangen gesetzt haben. Tschangtsolin soll sich nach Norden in sein Stammgebiet, die Mandschurei, zurückziehen.

*

Die amerikanische Mäßigkeitsliga stellt in einem Bericht fest, daß die Trunkenheit in den Vereinigten Staaten, trotz des Alkoholverbots, den Vorkriegsstand erreicht habe, mit rund einer Million von Fällen.

Hinrichtung des Massenmörders Angerstein.

Limburg, 17. November. Heute früh wurde im Hofe des Gefängnisses von Freiendiez bei Limburg der Massenmörder Angerstein hingerichtet.

Berliner Schattenrisse.

Von A. v. Oertzen.

Von der neuesten „Kunst".

Heute, wo Kunst immer mehr Technik und Technik immer mehr Kunst wird, steigt die Photographie zum Range der Künste empor. Alfred Fiechtheim, der feinsinnige Kunsthändler, ist dem Geist der Zeit entgegengekommen, indem er seinen illustren Salon der Photographie zur Verfügung gestellt hat. „Ich habe" sagt er „Frau Rieß um eine Ausstellung ihrer Photographien gebeten, weil sie mit Objekt und Gummiball Kunst macht."

Eine Ausstellung von höchsten künstlerischen und psychologischem Reiz! Das Antlitz des geistigen Deutschland blickt aus den 200 Bildnissen, welche „die Rieß" an uns vorüberführt. Mit einem unerhörten Feingefühl versteht es die Künstlerin den „Typ" eines Menschen zu präsisieren, seine Vielheit zusammenzufassen und in Haltung, Ausdruck und Beiwerk den Kernpunkt seines Wesens herauszuholen.

Wer sich ein Bild des Menschen von heute machen will, der gehe in die Galerie Fiechtheim! Dort findet er die Exponenten aller Gesellschaftsklassen: die Diplomaten, die Minister, die Künstler, die Gelehrten, die Schauspieler, die Schriftsteller, die Sportsleute und das „schöne Geschlecht"! Der greise Vater der Physiognomik Lavater hätte seine Freude gehabt an dieser Sammlung bedeutender Köpfe. Eine Fundgrube für den Physiognomiker, der die geheimnisvollen Zusammenhänge zwischen Kopf und Schicksal aufzudecken sucht.

Die unheimliche Vielheit des modernen Menschen geistert in den schattenhaften Bildnissen. Ewig schwankt die Grenze zwischen Tat und Traum. —

Von einigen Gesichtern hat „die Rieß" mehrere Aufnahmen gemacht. So erscheint der Künstler einmal besessen von dem Furor des Schaffens, einmal in Meditation versunken, zwei Gesichter, kaum verwandt! Dicht nebeneinandergestellt zwei Frauenbildnisse: Schwestern, Rosen von einem Stamm? Nein, dieselbe! Gräfin von Henkel-Donnersmark, der „Star" der Berliner Gesellschaft, seit wenigen Tagen Baronin Goldschmidt-Rothschild! Ein lachendes Sportsgirl, einfach bubenhaft und daneben als große Dame in pompöser Aufmachung repräsentativ im Schimmer riesiger Juwelen.

Aus der Fülle der Gesichter seien ein paar Typen herausgegriffen: die Aristokratin in Reinkultur, die Herzogin von Alba und Berwick, das stolze, glatte Profil scharfumrissen vor eine helle Wand gestellt. Der Philosoph, Max Scheler, ein mächtiger Schädel, erdgebunden der schwere, sinnliche Mund, von sublimer Geistigkeit Stirn und Augen. Der Schauspieler: Moissi, das Vibrierende seiner Persönlichkeit flimmert über die Platte. Der Dichter: Georg Kaiser, Vielheit, voll von Widersprüchen in der unbarmherzig herausgeholten Unregelmäßigkeit der Züge, in den verschatteten Augen. Kopf an Kopf, in seiner Wesensart erfaßt: Wilhelm von Bode, Graf Kanitz, Katharina von Oheimb, Max Slevogt, Hans Breitensträter, Karl Hofer, Puppenhafte Kinder, süße Bubenköpfe, Künstlerhände, Akte vor Spiegeln in raffinierter Publizität . . . .

Und schließlich „die Rieß" selbst: eine Sphinx mit halbgeschlossenen Liedern; das schmale Antlitz fast versteinert von dem schimmernden Gefieder eines weißen Kakadu auf ihrer Schulter. Eine Wissende, für die der Mensch kein Ich mehr ist, sondern ein Wir.

„Hohe Schule".

Aus ihrem wundervollen, von Fischer von Erlach erbauten Heim, der klassischen Wiener Hofreithalle, ist die „spanische Reitschule" zu einem Gastspiel in die große Halle am Kaiserdamm nach Berlin gekommen. Sozusagen als Krönung des großen Reit- und Fahrturniers erscheint diese „hohe Schule", die auf ein jahrhundertelanges Bestehen zurückblickt.

Die lauten Fanfaren verstummen. Sanfte Geigenklänge setzen ein. Die Lichter im Zuschauerraum erlöschen und über der frisch geharkten Manege flimmert der Glanz der hohen Bogenlampen. Atemlose Stille: die spanische Hofreitschule erscheint. In 5 Akten ein Schauspiel höchster reiterlicher Kunst, ein unvergleichliches Stück althöfischer Kultur! Roß und Reiter, zentaurenhaft, wie aus einem Guß geformt, reiten in die Bahn. Sie sind die Nachfahren jener, die einst die „hohe Schule" von Monsieur Pluvinel, dem Reitlehrer Ludwigs XIII. von Frankreich erlernten. Sie mögen einst Vorbild gewesen sein für die berühmten Reiterbildnisse, die Velasquez für seine spanischen Könige malte.

Diese Lippizaner Hengste aus einem Habsburger Gestüt, das seit 1580 besteht, sind das sublimste von Zucht und „Dressur", was Jahrhunderte erreichen konnten. Die elf schneeweißen, seidigen Schimmel, der braune Hengst Pluto Sylvana scheinen dem Menschen nicht unterjocht; in königlicher Haltung vollführen sie die Gangarten der hohen Schule, als wüßten sie selber, was eine Levade, eine Pesade, eine Courbette ist. Diese Tiere, deren Väter viele, viele Generationen in derselben Schule liefern und lehten, sozusagen von denselben Reitern geritten, scheinen beseelt, scheinen zu tanzen. So spielend, so schwingend sind ihre Bewegungen. Das Glanzstück der Darbietungen ist die Quadrille, in der von vier Pferden alle Gangarten der hohen Schule, wie in einem reizenden Tanz gezeigt werden. Ein entzückendes, anmutiges Spiel, dieses tänzelnde Schweben der edlen Tiere, eine Mischung spanischer Grandezza mit dem leichten Rothmus wienerischen Temperamentes. Die Pferde tragen noch die Namen ihrer Väter: Generale Malaga heißt der 2mölfjährige Hengst, der die Kapriole ausführt, jenen Luftsprung, bei dem das Pferd wie ein unsichtbares Hindernis überwindend, mit gewaltigem Sprunge durch die Luft fliegt. — Neapolitano und Pluto Kerka vollführen Akrobatenstücke, die einst ihre Vorfahren erlernten, um den Reiter in feierlicher Gebärde dem Volke zu präsentieren. — Diese Courbette, das Springen in kleinen Sätzen mit hocherhobener Vorderhand, sie war das lebende Modell der barocken Reiterdenkmale.

Unsterblich lebt der Geist einer untergegangenen Epoche in diesen Rossen und ihren Bereitern. Diese haben nicht so stolze Namen und wahrscheinlich auch keinen so reinen Stammbaum, aber sie reiten, als ob sie auch Pluto, Generale und Favoris hießen; Ein geheimes, feines Verstehen unsichtbarer Art ist zwischen Mensch und Tier; ein Geist, ein Wille, ein Körper.

Staunend hat ein Besucher der Reitschule gesagt: „Hier werden die Pferde wie Kavaliere behandelt." Vielleicht ist die galante Höflichkeit das Geheimnis dieser unerhörten Dressur?!

Was einst New-York kostete. Die Insel, auf der heute New-York steht, verkauften im Jahre 1668 die Indianer an die Holländer für 10 Hemden, 30 Paar Strümpfe, 10 Gewehre, 30 Kugeln, 30 Pfund Pulver, 30 Beile, 30 Kessel und eine kupferne Bratpfanne. Heute ist New-York die reichste Stadt der Welt; in den Kellern der Großbanken lagern allein fast zwei Drittel des gesamten Goldvorrates der Erde.

Stare in Amerika. Die Einbürgerung der Stare in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat nach den neuesten Berichten des Ackerbauministeriums überraschende Fortschritte gemacht. Im Jahre 1890 erfolgte die Einführung im Gebiete von New-York. Als Brutvogel ist der Star während der ersten sechs Jahre seines amerikanischen Bürgertums auch nicht über die Grenzen des Einführungsgebietes, — die weitere Umgebung von New-York, — vorgedrungen. Dagegen fand er sich nach weiteren vier Jahren bis etwa 50 Kilometer stromaufwärts am Hudson und auf ganz Long Island. 1922 bewohnte er schon das ganze Gebiet zwischen dem St. Lorenz-Strom, den großen Seen, Ohio und Virginia. Jetzt ist er südwärts bereits über Carolina hinaus, westwärts bis Illinois und Tennesse, nordwärts in Kanada (Montreal) angetroffen worden.

Unter „Streiflichter" bringt die New-Yorker „Staatszeitung" und „Herold" folgende Gedankensplitter:

Vor dem Traualtar und auf dem Standesamt wird noch häufiger falsch verbunden als auf der Telephonzentrale.

Der unlängst verstorbene britische Feldmarschall French war in einer Hinsicht bemerkenswert: mit ihm starb der letzte Reim auf Mensch.

Die Nummern des Autos sollten auch an der Unterseite der Wagen angebracht werden, damit die Ueberfahrenen sie auch lesen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251118019/fragment/page=0002